

S.-H. Gemeindetag • Reventlouallee 6 • 24105 Kiel

Empfänger
der SHGT – info – intern
- Ämter
- Gemeinden
- Zweckverbände
im Verbandsbereich des SHGT

24105 Kiel, 31.08.2020

Reventlouallee 6/ II. Stock
Haus der kommunalen Selbstverwaltung
Telefon: 0431 570050-50
Telefax: 0431 570050-54
E-Mail: info@shgt.de
Internet: www.shgt.de

Aktenzeichen: 10.40.20.01 Bü/Pe
Zuständig: Herr Bülow
Telefon/Durchwahl: 50

SHGT - info - intern Nr. 302/20

Änderungen des Kommunalverfassungsrechts : Zuschüsse für Tablets und Zulassung von Videokonferenzen

Im Anschluss an info-intern Nr. 191/20 teilen wir mit:

Der Landtag hat am 26. August 2020 den Gesetzentwurf zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften (Drucksache 19/2243) unverändert verabschiedet. Damit konnten insb. eine Reihe auch vom Gemeindetag vorgeschlagener Ergänzungen und Erleichterungen erreicht werden. Insb. enthält der Gesetzentwurf wichtige neue kommunalrechtliche Möglichkeiten im Bereich der Digitalisierung und der virtuellen Sitzungen. Das Gesetz wird voraussichtlich Ende September im Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt gemacht und dann am Tag darauf Kraft treten.

Im Einzelnen enthält der Gesetzentwurf folgende Neuregelungen:

- In Ausnahmefällen höherer Gewalt, insbesondere bei Naturkatastrophen und aus Gründen des Infektionsschutzes können **Sitzungen der Gemeindevertretung** künftig auch ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum als **Videokonferenz** durchgeführt werden. Voraussetzung ist die Verankerung dieser Möglichkeit in der Hauptsatzung. Auch für Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie sonstige Beiräte wird dies ermöglicht.
- Nunmehr wird es durch eine Ergänzung von § 24 GO ermöglicht, Gemeindevertretern und ehrenamtlich tätigen Bürgern **Zuschüsse für die Beschaffung von Tablets** und anderer IT-Ausstattung für den Sitzungsdienst zu gewähren. Dies kann die Gemeinde künftig in der Entschädigungssatzung regeln.
- Es wird klargestellt, dass zu **konstituierenden Sitzungen der Gemeindevertretung** bereits vor Beginn der Wahlzeit geladen werden kann. Zu Beginn der lau-

fenden Kommunalwahlperiode war für viele Gemeinden und Ämter ein großes Problem durch einen Erlass der Kommunalaufsicht entstanden, der die Ladung zur konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung erst ab Beginn der Wahlperiode, also ab dem 01. Juni für zulässig hielt. Damit wurde wegen des frühen Beginns der Sommerferien die Zeit für die Durchführung der konstituierenden Sitzungen sehr knapp. Die Gesetzesänderung löst das Problem für die Zukunft.

- Künftig kann auch in hauptamtlich verwalteten Städten unter 20.000 Einwohner der Bürgervorsteher den Titel **Stadtpräsident** tragen. Bisher ist dies nur mit mehr als 20.000 Einwohnern möglich.
- Die **Verpflichtung** „bürgerlicher“ Ausschussmitglieder durch den Ausschussvorsitzenden kann künftig auch schriftlich vor der ersten Ausschusssitzung erfolgen. Dies erspart die Ladung zu Ausschusssitzungen nur zu dem Zweck der rechtzeitigen Verpflichtung bzw. sichert eine effiziente Möglichkeit, insb. auch „bürgerliche“ stellvertretende Ausschussmitglieder vor Eintreten des Vertretungsfalles zu verpflichten. Zur Bedeutung dieser Verpflichtung wird auf die Gesetzesbegründung verwiesen.

Die genannten Änderungen werden auch auf die Kreisordnung und die Amtsordnung übertragen.

Daneben erfolgen in der Amtsordnung und für die Zweckverbände im Gesetz über kommunale Zusammenarbeit folgende weitere Änderungen:

- **Stellvertretende Mitglieder des Amtsausschusses** und der Verbandsversammlungen erhalten künftig auch unabhängig vom Vertretungsfall Sitzungsvorlagen, Protokolle und sonstigen Unterlagen. Außerdem erhalten sie unabhängig vom Vertretungsfall Zutritt zu den nicht-öffentlichen Sitzungen des Amtsausschusses.
- Die **Wahl der Vorsitzenden der Fachausschüsse** des Amtsausschusses wird auf den Amtsausschuss übertragen. Dies erspart insbesondere den Aufwand für konstituierende Sitzungen der Ausschüsse des Amtsausschusses, die bisher zum Teil ohne weitere Tagesordnung stattfinden mussten. Die aktuellen Ausschussvorsitzenden bleiben im Amt.
- Außerdem wird eine Gesetzeslücke geschlossen. Im Fall der **Verhinderung des Ausschussvorsitzenden eines Amtsausschusses** und seiner Stellvertreter übernimmt künftig das älteste Mitglied die Sitzungsleitung. Bisher war dieser Fall nicht geregelt. Die gleiche Regelung erfolgt auch für Ausschüsse der Verbandsversammlungen von Zweckverbänden.